



Lütt Matten meint:

Es war alles ganz anders geplant! Der Golf- Sport- und Wohnpark Bissenmoor sollte besserverdienende Hamburger in Massen anziehen, die Wert auf Exklusivität legen und denen die Elbchaussee n' bisschen teuer ist.

Vorsichtige Fragen, wie viele Menschen es von dieser Sorte gibt und ob die sich ihren Traum auf einer durch einen Golfplatz aufgemotzten Einöde zwischen Bad Bramstedt und Lentföhrden erfüllen wollen, wurde durch die Betreiber immer mit einem „Kein Problem“ beantwortet.

Tja, so groß ist der Run auf das Wohnen bei „Gut Bissenmoor“ bisher nicht! Noch reichen die Zehen meiner Hinterpfote, um die dort gebauten Häuser zu zählen.

Für die Investoren wird es langsam brenzlig. Von der Straßenlaterne bis zum Buswartehäuschen ist die Infrastruktur gebaut, nur die Grundstücke will keiner haben. So'n Schiet!

Da kam ein rettender Gedanke: Wir machen die Grundstücke kleiner, dann werden sie billiger. Nun kann sich auch Otto Normalverbraucher das Wohnen am Golfplatz erlauben.

Aber will er das? Auch der Anblick von piekfeinen Golfspielern kann nicht dafür entschädigen, dass man da oben ziemlich weit ab vom Schuss wohnt!

Das jedenfalls meint

Euer Lütt ' Matten

Gesamtschule für Bad Bramstedt

Elterninitiative bringt PolitikerInnen zum Nachdenken

Seit März diesen Jahres gibt es in unserer Stadt eine Elterinitiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, zum schnellst möglichen Zeitpunkt eine Gesamtschule (IGS) in Bad Bramstedt einzurichten.

Dieses Begehren wurde der Verwaltung, sowie im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport vorgestellt. Bereits im Mai 2001 gab es eine öffentliche Informationsveranstaltung zu diesem Thema, auf der neben dem Direktor der - sehr erfolgreich arbeitenden - IGS Faldera, Herrn Milkereit, auch Fachleute aus dem Bildungsministerium über Wege einer Schulneugründung Rede und Antwort standen.

Elternbefragung erfolgreich

Voraussetzung für die Beantragung einer neuen Schule beim Land ist der Nachweis, dass diese Schule auch von Eltern gewünscht wird. Noch vor den Sommerferien wurde eine Erhebung durchgeführt: Eltern von Kindern des laufenden dritten Schuljahres wurden befragt, an welcher Schulart sie ihre Kinder bevorzugt anmelden würden. Das Ergebnis war beeindruckend: von 348 beteiligten Eltern aus Bad Bramstedt und den umliegenden Gemeinden sprachen sich 250 Eltern für eine Gesamtschule aus.

Raumnot in allen Schulen

Da die in Bad Bramstedt vorhandenen Schulen schon seit Jahren über Raumnotstand klagen, was bei dem enormen Bevölkerungszuwachs in unserer Stadt auch niemanden wirk-

lich verwundern kann, schien der Zeitpunkt für einen Antrag auf Errichtung einer IGS denkbar günstig zu sein.

Die Verwaltung hat in diesen Tagen einen neuen Schulentwicklungsplan vorgelegt, der den genauen Raumbedarf - die Realschule und auch das Gymnasium unterrichten zur Zeit bereits in angemieteten Containern! - und die in den nächsten Jahren zu erwartenden SchülerInnenzahlen darlegt.

Danach muss die Realschule um 7 Stamm- und 4 Fachklassenräume erweitert werden, eine Aufgabe, die bei der Stadt liegt, die Träger dieser Schule ist.

Wie das Gymnasium seine Raumprobleme meistert, bleibt abzuwarten; hier ist der Kreis verantwortlicher Träger.

Trägerschaft?

Der Antrag an das Land für die Einrichtung einer Gesamtschule kann nur von dem Träger gestellt werden und der muss gefunden werden. Hier gäbe es verschiedene Möglichkeiten: 1. die Stadt, 2. der Kreis oder 3. die Stadt gründet einen neuen Schulverband gemeinsam mit Umlandgemeinden. "Die dritte Möglichkeit scheint mir die sinnvollste zu sein", so Cornelia Schönau, Mitglied im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport für Bündnis90/DIE GRÜNEN. "Eine IGS in Bad Bramstedt wäre auch für die umliegenden Gemeinden interessant,

weil sie eine Menge SchülerInnen von dort anziehen würde. Mit einem neuen Schulverband könnten Kosten und Verantwortlichkeiten auf mehrere Schultern verteilt werden."

Politische Unterstützung?

Doch selbst wenn all diese zugegeben schwierigen Fragen geklärt würden, so bliebe die Frage, ob die PolitikerInnen vor Ort solch eine Schulart überhaupt unterstützen wollen.

Gibt es eine politische Mehrheit, sich für ein solches Modell einzusetzen? Und genau das ist zweifelhaft: Die knappe Mehrheit der Stadtverordneten hat sich am 17. Oktober gegen einen Antrag auf die schnellstmögliche Errichtung einer IGS ausgesprochen.

Das Argument des fehlenden Geldes scheint ebenso vorgeschoben zu sein, wie das, eine IGS würde die vorhandenen Schulen in ihrer Existenz zerstören.

Es muss kein Neubau errichtet werden, einen Anbau an die Realschule brauchen wir ohnehin, es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, die bestehenden Gebäude dann so umzustrukturieren, dass eine IGS neben allen bisherigen Schulen eingerichtet werden könnte - wenn man es denn will.

Das allerdings bedeutete Kooperationsbereitschaft, Mut, neue Wege zu gehen und es hieße, den Wünschen der BürgerInnen dieser Stadt Gewicht zu geben.

Eltern machen weiter

Zum nächsten Schuljahr wird es keine Gesamtschule in Bad Bramstedt geben, die Diskussion ist jedoch nicht beendet. "Die Eltern sind nach wie vor an einer IGS interessiert, es wird eine neue Elternbefragung geben.", so Heidi Helsper, Sprecherin der Initiative.

GRÜNE für IGS

Die GRÜNEN vor Ort sprechen sich eindeutig für das pädagogische Konzept einer Gesamtschule aus, das SchülerInnen unterschiedlicher Lernfähigkeit bestmöglich gerecht wird, eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung fördert und unnötige Frustrationen vermeidet.

"Wenn Zeiten sich ändern, Bevölkerungsstrukturen sich ändern, die Menschen, die hier wohnen, neue Impulse in unseren Ort bringen wollen, dann ist das im Grundsatz zu begrüßen und es sollten sich auch die Angebote für diese Menschen und deren Kinder ändern!", so Cornelia Schönau.

cs

Never ending story: Kindergartenplätze

Und wie jedes Jahr wurden alle Kinder untergebracht



Wir kennen das leidige Thema schon aus den letzten Jahren: kurz vor Beginn eines neuen Kindergartenjahres stellt die Verwaltung fest, dass anscheinend nicht ausreichend Kindergartenplätze im Vormittagsbereich zur Verfügung stehen, dass nicht alle Eltern wunschgemäß versorgt werden können.

Die Ursache für diesen Missstand liegt zum größten Teil an dem bisherigen Anmeldeverfahren. Eltern melden ihre Kinder - selbstverständlich! - in einem Kindergarten ihrer Wahl an - falls das aber nicht klappen sollte, auch noch in einem zweiten oder gar dritten. Nach erhaltener Zusage wird die Absage in den anderen Kindergärten dann oft schlicht vergessen...

Der zweite Grund für das jährliche "Chaos" liegt in der offensichtlich darin, dass immer noch geglaubt wird, ein

Neubaugebiet habe die gleiche Bevölkerungsstruktur wie ein "alteingesessener" Stadtteil. Es wird in Bad Bramstedt ein Baugebiet nach dem nächsten ausgewiesen, aber dass damit auch der Anteil an kleinen Kindern überproportional zunimmt, damit scheint man nicht zu rechnen. Das ist aber so.

Waldgruppe als Lösung

Für dieses Jahr wurde kurzfristig eine Lösung gefunden: der Kindergarten Schatzkiste bietet zusätzlich eine Waldgruppe an. Eine Umfrage hatte ergeben, dass viele Eltern an diesem neuen pädagogischen Konzept interessiert sind und ihre Kinder gern in einer solchen Gruppe untergebracht wüssten. So wurden Plätze frei und der Bedarf für dieses Jahr gedeckt.

Nur am Rande sei bemerkt, dass die GRÜNEN bereits vor 3 Jahren dieses Konzept in die Diskussion gebracht haben und damals auf massive Skepsis stießen.

Zentrale Anmeldestelle nötig

Um der Verwaltung das Leben nicht schwerer als nötig zu machen, sprechen wir uns ebenfalls für eine zentrale Anmeldestelle für Kindergartenplätze aus. Selbstverständlich sollen Eltern auch künftig selbst und frei entscheiden, in welcher Tagesstätte sie ihr Kind anmelden. Aber es kann eine Prioritätenliste geben, die zentral eingesehen und als Planungsgrundlage dienen kann.

Es sollte bei dem inzwischen reichhaltigen Angebot an Kindertagsträgern keine Rivalität, sondern konstruktives Miteinander entstehen. So könnte die jährliche Kindergartenpanik vermieden werden.

cs

2. Skater-Ramp wird gebaut ...

... aber nicht in der Südweststadt



Die Bad Bramstedter GRÜNEN hatten seinerzeit vorgeschlagen, den Spielplatz Südwest-Stadt auch für größere Kinder auszustatten.

Dies fand eine Mehrheit und schnell war klar, dass zu einem zeitgemäßen Spielangebot auch eine Skater-Ramp gehört.

Seit Anfang an haben sich jedoch eine Reihe Anwohner dagegen gewehrt. Vor Gericht klagten sie in einem Normenkontrollverfahren, der Bebauungsplan lasse eine Skater-Ramp nicht zu. Dieses Verfahren haben die Anwohner verloren.

Merkwürdigerweise hat der Richter einen Vergleichsvorschlag gemacht, der den Bau der Ramp unter unmöglichen Auflagen gestattet: ein 5 Meter

hoher Lärmschutzwall (Mehrkosten ca. 100.000 DM – außerdem muss man für diese Sockelbreite den halben Spielplatz zuschütten) soll den häuslichen – und städtischen Frieden sichern. Die CDU schlug deshalb vor, eine zweite Ramp auf den Freibadparkplatz zu stellen.

Ein schlechter Vorschlag, denn gespielt werden sollte auch wohnortnah; also brauchen wir zwei Standorte für Skater-Ramps. Den Autofahrern muten wir schließlich auch nicht einen einzigen, zentralen Parkplatz für die Innenstadt zu (obwohl die ja viel leichter hinkämen).

Die Fraktion der GRÜNEN hat sich einstimmig für den Bau der neuen Anlage auf dem Spielplatz Südwest-Stadt ausgesprochen – die städtische Mehrheit gab aber klein bei und hat sich dem CDU-Vorschlag angeschlossen.

Sehr irritiert sind wir über das Vorgehen des Richters: die Anwohner haben das Normenkontrollverfahren schließlich verloren. Warum sollten nun unter erheblichem Aufwand ihre Wünsche erfüllt werden? Den Anwohnern scheint es einzig darum zu gehen, ältere Jugendliche (12+) vor ihrer Haustür zu vertreiben. Wir meinen, das die Interessen von Jugendlichen bei Justiz und Politik einen höheren Stellenwert haben müssten. gs

Jugendpolitik

Es tut sich was in Bad Bramstedt!

Im Sommer 2001 wurden die Ergebnisse der Umfrage bei Schülern und Schülerinnen im Sozialausschuss der Stadt Bad Bramstedt vorgestellt.

Dieser hat zwei wichtige Themen – Disco und Jugendcafé - aufgegriffen. Es soll dazu eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung von Jugendlichen gegründet werden, um Vorschläge für die Umsetzung zu erarbeiten. Wir sind gespannt und warten auf die Realisierung.

Kinder- und Jugendtelefon

Die Stadt hat bereits im vergangenen Jahr ein Kinder- und Jugendtelefon eingerichtet. Hier können Schülerinnen ihre Anliegen direkt vortragen.

Jugendversammlung

Im Herbst 2001 hat die erste, sehr erfolgreiche Jugendversammlung stattgefunden. Ca. 20 Jugendliche haben teilgenommen, es gab eine gute inhaltliche Diskussion. Wir hoffen, dass daraus konkrete Ergebnisse resultieren.

Internet-Café

Für Jugendliche gibt es jetzt seit kurzem ein Internet-Café in der Mühlenstraße, das sich großer Beliebtheit erfreut. Es ist täglich von 12.00 Uhr bis 22.00 Uhr geöffnet und kostet zur Zeit 2,50 € pro Stunde. Eine echte Bereicherung des Angebots für Jugendliche.

Bündnis90/DIE GRÜNEN wird sich auch in Zukunft für die Verbesserung des Angebotes für Jugendliche und für eine noch stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Stadt einsetzen. ps

Sonnenfänger



Solarstrom für Bad Bramstedt

Eine Gruppe von 16 Bramstedterinnen und Bramstedtern hat sich im letzten Jahr zusammengeschlossen, um gemeinsam zwei Solarstromanlagen zu realisieren. Eine davon wird auf dem Dach der Firma Seestern errichtet, die andere auf dem städtischen Kindergarten Schatzkiste. Nachdem alle rechtlichen, technischen und finanziellen Probleme gelöst worden sind, rechnet die Sonnenfänger GbR damit, dass die Anlagen im März installiert werden können.

Wer Lust hat, sich an der Energiewende von unten zu beteiligen und weitere Fotovoltaik-Anlagen zu errichten, kann eine erste Information bei Fritz Bredfeldt (☎ 04192/9664) erhalten. bf

Grüne stimmen für eine Beteiligung der Bundeswehr an der Intervention in Afghanistan

Persönliche Gedanken zum Rostocker Parteitag

Spätestens seit dem Rostocker Parteitag im November 2001 ist klar, dass die Friedenspolitik von Bündnis90/DIE GRÜNEN einem Wandel unterworfen ist. Mit großer Mehrheit wurde der Einsatz von deutschen Soldaten bei militärischen Aktionen gegen die Bin-Laden-Gruppe und das Taliban-Regime in Afghanistan bejaht.

Noch vor Jahren wäre eine solche Entscheidung undenkbar gewesen. Hat die Partei damit ihre grundlegenden Prinzipien verraten? Ich meine: Nein!

Für mich hat der Bürgerkrieg in Jugoslawien gezeigt, wie fragwürdig im Sinne unserer eigenen Ziele unsere politische Praxis gewesen ist. Wir haben Erklärungen gegen den Krieg abgegeben, das Morden ging davon unbeeindruckt weiter.

Erst durch Interventionen der NATO mit und ohne Beteiligung der Bundeswehr (Luftangriffe auf bosnische Serben, Luftangriffe auf Serbien, Friedenstruppen im Kosovo und in Mazedonien) wurden die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen des ehemaligen Jugoslawiens gestoppt. Teilweise kam es dadurch zu positiven Entwicklungen, wie die Demokratisierung Restjugoslawiens.

In Bosnien, Mazedonien und im Kosovo stehen sich die Menschen aber immer noch vielfach feindlich gegenüber. Der Erfolg der militärischen Intervention besteht allein darin, dass dem direkten Blutvergießen und der massiven Vertreibung Einhalt geboten worden

ist. In dieser Situation ist den Völkern eine friedliche Entwicklung möglich. Den Frieden müssen sie selber gestalten.

An diesem Beispiel wird deutlich: Wir können nicht darüber abstimmen, ob es auf der Welt Kriege gibt. Wir können nur entscheiden, wie wir uns zu ihnen verhalten. Die mit grüner Unterstützung praktizierte Anwendung von begrenzter militärischer Gewalt hat dem Völkermord und der ethnischen Säuberung ein Ende bereitet. Sie hat damit zahllosen Menschen das Leben gerettet und dem langfristigen Frieden eine Ausgangsbasis gegeben. Die Alternative zur militärischen Intervention wäre das weitere Nichtstun gewesen – die traurigen Resultate dieser Option haben wir in den frühen neunziger Jahren in den Nachrichtensendungen zur Kenntnis nehmen können.

Mit dem Anschlag vom 11. September wurden die USA vor eine große Herausforderung gestellt. Der mit einer ungeheuren Brutalität ausgeführte Anschlag hatte das Ziel, durch eine gezielte Zerstörung von Symbolen amerikanischer Wirtschaft und Politik Destabilisierung und Verunsicherung in der gesamten Welt zu erzeugen.

Ein solcher Angriff konnte nach meinem Empfinden nicht ohne eine angemessene Antwort bleiben. Die USA hatten das Recht und die Pflicht, die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Nach der allgemein bekannten Sachlage war das nur durch militärische Aktionen möglich, da das Taliban-Regime die Gruppe um Bin

Laden weiterhin unterstützt hat.

Für die Bundesrepublik Deutschland gab es aus meiner Sicht keine Möglichkeit, in diesem Konflikt neutral zu bleiben. Der Terror der Al Khaida könnte demnächst auch uns betreffen. Bin Laden und seine Freunde sind offensichtlich keine Freiheitskämpfer, sondern gewalttätige intolerante Unterdrücker des eigenen Volkes, ihre Taten sind nicht mit den Geboten des Islam zu begründen.

Deshalb war es für mich richtig, dass wir uns auf dem Rostocker Parteitag für eine begrenzte Unterstützung der amerikanischen Aktionen gegen das Taliban-Regime entschieden haben, um das bestehende Netzwerk des Terrors unschädlich zu machen und die hiervon ausgehende Bedrohung von der Welt fernzuhalten. Damit verbinde ich die Hoffnung, dass damit zugleich eine Grundlage gelegt worden ist für eine friedliche Entwicklung für das Volk von Afghanistan.

Nach wie vor halte ich den Krieg für einen schrecklichen Zustand. Auch die amerikanischen Bombenangriffe haben viele unschuldige Opfer gefordert.

Aber manchen Konflikten kann man – gerade im Interesse des Friedens – nicht ausweichen. Persönlich habe ich die Hoffnung auf eine Welt, in der militärische Interventionen nicht nötig sind, noch nicht aufgegeben.

Fritz Bredfeldt

Bad Bramstedter Bündnis gegen Gewalt von rechts – gegen Rassismus und rechte Gewalt – für mehr Menschlichkeit und Toleranz

Fest der Kulturen

Im vergangenen Jahr wurde das „Fest der Kulturen“ wegen des Terroranschlags in New York kurzfristig abgesagt. Den meisten war danach einfach nicht zum Feiern zumute. Die Veranstalter entschieden sich jedoch, die Veranstaltung im Frühjahr 2002 nachzuholen.

Das Fest der Kulturen findet nun am Sonnabend, den 27. April 2002 voraussichtlich von 14.00 Uhr bis 22.00 Uhr auf der Schlosswiese in Bad Bramstedt statt.

Es wurde in abwechslungsreiches und attraktives Programm erarbeitet. Näheres dazu erfährt Ihr rechtzeitig in der lokalen Pressen und auf Plakaten. Merkt Euch den Termin schon mal vor. ps

Treffpunkt der GRÜNEN

Jeden 2. und 4. Mittwoch
im Monat um 20.00 Uhr bei
Gerhard und Cornelia Schönau
Bimöhler Str. 3

Impressum

Herausgeber:
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Bad Bramstedt

Kontaktadresse:
Bimöhler Str. 3 Tel. 9183
Druck: Global-Druck
Auflage: 5.000
Erscheinungsdatum: 15.2.2002
Verantwortlich für diese Ausgabe:
Fritz Bredfeldt,
Jochen Josenhans